

Antrag für Mercure-Begehren wird eingereicht

Die Formulierung der Frage für das Bürgervotum stellt noch eine Schwierigkeit für die Initiatoren dar

Von Lisa Neumann

Innenstadt. „An der endgültigen Formulierung müssen wir noch arbeiten“, sagt Steffen Pfrogner, Mitinitiator der Initiative „Potsdams Mitte neu denken“. Mit einem Bürgerbegehren will die Initiative die Potsdamer hinter sich versammeln, um unter anderem den Abriss des Hotels Mercure zu verhindern. Auslöser war die Stadtverordnetenversammlung Anfang März, in der mit 33 zu 17 Stimmen für die Umgestaltung des Lustgartens votiert wurde.

Die Initiative wird in den kommenden Tagen den Antrag für das Bürgerbegehren bei der Stadt einreichen. Die korrekte Ausformulierung der Frage sei zuweilen heikel, so Pfrogner. Die Grundaussagen des Begehrens umfassen die Überlegung, wie zukünftig mit öffentlichem Eigentum umgegangen werden soll und die Tatsache, dass für eventuelle Abrissarbeiten keine öffentli-

chen Finanzmittel verwendet werden sollen. Bevor die Bürger das Begehren unterzeichnen können, muss die Stadt den Antrag der Initiative erst auf Rechtmäßigkeit überprüfen. Nachdem der Antrag bei der Stadt eingereicht wurde, müssen innerhalb von acht Wochen zehn Prozent aller stimmberechtigten Bürger Potsdams, derzeit



Mitinitiator des Begehrens,
Steffen Pfrogner. F. KÖSTER

sind das 13 566 Menschen, unterschrieben haben. Danach wird das Begehren in einer Stadtverordnetenversammlung erörtert, die den Antrag annehmen oder ablehnen kann, erklärt Pfrogner die nächsten Schritte.

Die Initiative möchte nach eigenen Angaben die leichtfertigen Entscheidungen der Stadt nicht hinnehmen. Die Stadt denke nicht über die Konsequenzen nach, so Frauke Röth, Sprecherin der Initiative. Sie möchte sich „nicht vorstellen, wie die Stadt in 30 Jahren aussieht, wenn die Entwicklung so

weitergeht wie bisher“. Die Stadtverwaltung übt bereits Kritik an den Initiatoren des Bürgerbegehrens. Stadtsprecher Jan Brunzlow bezeichnete Äußerungen Pfrogners, „die Stadtspitze bekenne sich zu einem radikalen Kahl-schlag im Bestand der Nachkriegsmoderne“, als „Unsinn und nicht belegbar“.

Brunzlow verwies auf die vergangenen Bürgerbeteiligungen bezüglich des Landtages, des Badneubaus und auf die Kinder- und Jugendbeteiligung zur Gestaltung der Plantage.